

12.15

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Herr Präsident! Herr Präsident Moser! Hohes Haus! Der Bericht, den Sie uns hier vorgelegt haben, der sich schwerpunktmäßig mit zwei Themen des Finanzausgleichs beschäftigt, kommt gerade zur rechten Zeit. Die Finanzausgleichsverhandlungen laufen, und sie beschäftigen sich mit zwei brisanten Themen: zum einen mit den Bedarfszuweisungen, zum anderen aber auch dem Dauerzankapfel des Finanzausgleichs, dem abgestuften Bevölkerungsschlüssel; im Übrigen auf einer Dauerbaustelle, denn das ist der Finanzausgleich seit Jahrzehnten, würde ich sagen. Und wenn ich sage, das ist seit Jahrzehnten eine Dauerbaustelle, so deutet das schon darauf hin, dass dieser historisch gewachsen und damit auch komplex, intransparent und, wie Sie in Ihrem Bericht aufzeigen, aufgrund der Komplexität auch fehleranfällig ist.

Aber nicht allein das! Sie üben massive Kritik an diesem abgestuften Bevölkerungsschlüssel, und das meines Erachtens nicht ganz zu Unrecht. Es fehlen, wie im Übrigen im gesamten Finanzausgleich, klare Zielsetzungen. Es fehlt ein strategisches Grundgerüst, es gibt keine Kriterien im Rahmen des abgestuften Bevölkerungsschlüssels für einen regionalen Ausgleich. Es gibt aber auch – und das ist zentral, und darauf werde ich noch zurückkommen – keine Orientierung an den Aufgaben, sondern die Verteilung der Mittel erfolgt im Wesentlichen an der Bevölkerungszahl mit einem Vervielfacher, der größeren Gemeinden und Städten mehr Mittel zugestehet als kleineren. Das ist halt umstritten, hat aber eine gewisse Berechtigung, was der Bericht auch zeigt.

Des Weiteren sagen Sie, dass der Finanzausgleich aber auch Besitzstände wahrt. Das gilt im Übrigen für den gesamten Finanzausgleich, und das ist ja der wesentliche Punkt, den ich immer wieder hervorhebe: Es geht im Finanzausgleich – und auch jetzt in den laufenden Finanzausgleichsverhandlungen – leider nur um die Verteilung der Mittel und das Festhalten an Besitzständen am gesamten Steuerkuchen. Und weil an Besitzständen festgehalten wird, hat der abgestufte Bevölkerungsschlüssel keinen Platz für Änderungen, etwa im ökonomischen Bereich, im ökologischen Bereich, auch keinen Platz für demographische Veränderungen. Eine wachsende Stadt wie Wien braucht aber eine ganz andere Behandlung als etwa schrumpfende Regionen. Das aber wird im abgestuften Bevölkerungsschlüssel überhaupt nicht zum Ausdruck gebracht. Es gibt auch keinen Anreiz für Gemeindezusammenlegungen, ein Thema, das mit Sicherheit heikel ist, aber das nicht ausgespart werden darf.

Diese Kritik, Herr Präsident, die Sie in Ihrem Bericht hier anführen, teile ich vollinhaltlich, wie im Übrigen auch Ihre Empfehlungen, die Sie an den Finanzminister richten!

Was muss geschehen, wenn wir von diesem Besitzstanddenken und dem Denken in alten Mustern wegkommen wollen und von dieser Dauerbaustelle des Finanzausgleichs zu einem neuen Finanzausgleich, aber auch zu einem neuen Föderalismusmodell kommen wollen? Finanzausgleich und Föderalismus müssen ja in einem gedacht werden, das sind ja quasi siamesische Zwillinge.

Es geht darum, dass die Schwächen, die Sie ansprechen, überwunden werden müssen. Das beginnt beim Besitzstanddenken, geht über die Überwindung des Transferchaos, das darauf zurückzuführen ist, dass die Verteilung der Mittel so erfolgt, dass einer anschafft und der andere zahlt, das ist eine sehr schlechte Mischung, geht aber auch darüber hinaus, dass wir die Verteilung der Mittel nicht an Vervielfachern, die politisch ausgehandelt werden und nicht an Zielen orientiert sind, orientieren, sondern an den tatsächlichen Aufgaben, die von Ländern und Gemeinden und vom Bund zu erfüllen sind.

Es geht aber auch darum, dass den Ländern und Gemeinden **mehr** Verantwortung für die Einhebung der Mittel umgehängt werden muss. Gutes Regieren muss Platz greifen, anstelle des schlechten Regierens muss eben das gute Regieren treten.

Aber die zentrale Frage ist eine schon lange diskutierte Frage: Wie kommen wir aus der Sackgasse des Föderalismus heraus? Politologen, im Übrigen auch Ökonomen, sind da ja sehr skeptisch, ob wir den Weg aus dieser Sackgasse überhaupt finden können.

Aber eines ist dafür zentral: Es geht nicht nur um die Überwindung der Schwächen, die aufgezeigt worden sind, sondern es geht auch um die Neuaufstellung eines Prozesses. Da, denke ich, könnte man von der Schweiz viel lernen. Es braucht eine neue Gesprächskultur innerhalb der Finanzausgleichspartner.

Es kann nicht so sein, dass, wenn einer einen Vorschlag macht – die Länder beispielsweise –, der Bund dann postwendend sagt, nein, so nicht – und umgekehrt.

Das heißt, wir müssen raus aus diesen Besitzständen. Wir müssen raus aus diesen Denkmustern. Wir müssen weg von der Blockadehaltung, insbesondere jener der Landesfürsten, die im Übrigen auch in den laufenden Finanzausgleichsverhandlungen weitertransportiert wird.

Nur dann werden wir zu einem neuen Finanzausgleich mit einem neuen Föderalismusmodell gelangen. Wir stehen in Österreich derzeit an einer Wende: Wollen wir weiterwurschteln wie bisher mit 15a-Vereinbarungen, wie seit den 1920er Jahren, oder wollen wir hin zu einem konstruktiven Föderalismus?

Die Verhandlungen laufen. Der Finanzminister ist gefordert. Er hat mit großen Worten bei seinem Amtsantritt begonnen. Wir werden schauen, was am Ende des Tages herauskommt.

Ich allerdings muss als gelernter Österreicher, der sich auch schon seit vielen Jahrzehnten mit diesem Thema beschäftigt, sagen: Mein Optimismus hält sich in Grenzen. – Vielen Dank. *(Beifall bei den Grünen sowie des Abg. Strolz.)*

12.21

Präsident Karlheinz Kopf: Nächste Rednerin: Frau Abgeordnete Gamon. – Bitte.